Leipziger Volkszeitung; 14./15. Oktober 2023

LEIPZIG



In 15 Jahren soll die Wärmeversorgung der gesamten Stadt Leipzig CO₂-frei erfolgen. Kann das funktionieren? Foto: Wolfgang Sens

Klimaneutrales Heizen in 15 Jahren – eine Illusion?

Während der Bundestag am Freitag das Wärmeplanungsgesetz erstmals beraten hat, arbeitet Leipzig bereits an Plänen für eine CO₂-freie Wärmeversorgung der Stadt. Was kommt da auf Gebäudeeigentümer und Mieter zu?

Von Klaus Staeubert und Jens Rometsch

Der Klimaschutz steht und fällt mit der Antwort auf diese eine Frage: Wie werden wir künftig heizen? Denn Wohnen ist der zentrale Hebel zur Klimaneutralität, die Leipzig schon bis 2040 – also fünf Jahre früher als Deutschland - anstrebt. Die meisten Treibhausgasemissionen entfallen auf den Wärmesektor – in Leipzig sind das jährlich 1,4 Millionen Tonnen, erst danach kommen Strom (1,2 Millionen Tonnen) und Verkehr (0,8 Millionen Tonnen).

An diesem Freitag beriet der Bundestag erstmals den Gesetzentwurf zur Wärmeplanung, mit dem der Bund deutschlandweit die Kommunen dazu verpflichten will, bis spätestens 2028 Kommunale Wärmepläne aufzustellen. Leipzig arbeitet an so einem Konzept schon seit Monaten, bis zum Jahresende soll es im Entwurf vorliegen. Es wird unter anderem aufzeigen, welche Straßen die Stadt noch an das Fernwärmenetz anschließen wird und wo Hauseigentümer ihre Heizungsanlagen selbst auf erneuerbare Energien umstellen müssen.

Gebäudeeigentümer stellt die Wärmewende vor große Herausforderungen – finanziell, aber auch ganz praktisch. Denn schon 2038 soll die Wärmeversorgung in Leipzig ganz ohne fossi-

le Energieträger auskommen, also ohne Kohle, Erdgas und Öl. Kann der Umbau einer 625.000- Einwohner-Stadt in nur 15 Jahren wirklich gelingen – oder ist das eine Illusion?

Das sagt der Großvermieter LWB

"Im Gebäudesektor kann das Ziel der Klimaneutralität nur erreicht werden, wenn die Häuser emissionsfrei mit Energie versorgt und umfassend energetisch saniert werden", sagt die Sprecherin der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB), Samira Sachse. Ihr Unternehmen schätzt die Kosten dafür auf derzeit 600 bis 800 Millionen Euro. Unter der Annahme, dass sich dieser Transformationsprozess aber noch mindestens 15 Jahre hinzieht, würden sich nach LWB-Angaben die Kosten aufgrund der Baupreisentwicklung auf zum Schluss wohl 850 Millionen bis 1,1 Milliarden Euro summieren. Die Investitionen umfassten unter anderem Dämm- und Sanierungsarbeiten an Fassaden und Kellerdecken, ebenso die Erneuerung der Haustechnik, die Optimierung der Heizungsanlagen, die Energieversorgung, die Nutzung regenerativer Energien, den Austausch von Fenstern.

Diese Arbeiten fielen " zum überwiegenden Teil" zusätzlich zu den ohnehin geplanten Investitionen der LWB an, die sich im vergangenen Jahr auf 116 Millionen Euro beliefen, in diesem Jahr auf 130 Millionen Euro. Das kommunale Wohnungsunternehmen steht damit vor einer gewaltigen Aufgabe. Welche Auswirkungen die Klimaschutzinvestitionen auf die Höhe der Mieten haben wird, darüber "kann derzeit nur spekuliert werden", so die LWB-Sprecherin. "Die große Herausforderung besteht darin, dass dies sozialverträglich stattfinden und zugleich wirtschaftlich sein muss", sagt Sachse. "Dafür müssen zwingend die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Oder anders formuliert: Was gefordert wird, muss auch gefördert werden."

Das sagt der Verband Haus & Grund

Neben dem Gebäudeenergiegesetz sei die von der Europäischen Union vorbereitete Verschärfung der Sanierungsrichtlinie, die schon bis zum Jahr 2030 deutliche Verbesserungen der Gesamtenergiebilanz aller Gebäude in der EU vorschreibt, "der eigentliche Kostentreiber", sagt Rene Hobusch, Präsident des Eigentümerverbandes Haus & Grund in Sachsen. "Die Arbeitsgemeinschaft für zeitgenössisches Wohnen rechnet je nach Gebäudetyp und -alter mit Investitionskosten von bis zu 1500 Euro pro Quadratmeter, um die Energiebilanz von Ein- und Mehrfamilienhäusern nahezu auf ein Neubauniveau zu heben." Insbesondere dort, wo die Kommune künftig keine zentrale Versorgung mit Fernwärme sicherstellen wird und die betroffenen Eigentümer dann gezwungen sind, ihre Heizungen selbst auf erneuerbare Energieträger umzurüsten, "wird es schnell ganz teuer". Hobusch: "Bei Wärmepumpen geht es nicht ohne zusätzliche energetische Sanierung. Die Gebäude sind in der Mehrzahl in den 1990er-Jahren saniert worden, dort müssen sie noch mal an die Gebäudefassade ran, Fenster austauschen und ganz häufig auch von Wand- auf Flächenheizkörper umstellen." Gleichwohl setzt die dichte Bebauung aber technische Grenzen. "Sie können in einer Gründerzeitstadt wie Leipzig nicht einfach Gasetagenheizungen ersetzen und in den engen Häuserbestand Wärmepumpen einbauen."

Der Verbandspräsident sieht die Eigentümer vor erheblichen Investitionen, "die natürlich zu Mietsteigerungen führen werden, das muss man klar sagen". Allerdings ist die Modernisierungsumlage gesetzlich auf 3 Euro pro Quadratmeter und Monat begrenzt. Lag die Quadratmeterkaltmiete vor Sanierung unter 7 Euro, können sogar nur 2 Euro pro Quadratmeter umgelegt werden. Und die Kosten für den klimapolitisch gewollten Austausch der Heizungstechnik hat der Bund bereits auf 50 Cent pro Quadratmeter und Monat gedeckelt. Hobusch: "Die Politik muss also erklären, wie das alles finanziert werden soll und gewährleisten, dass die Umsetzung ihrer Ziele nicht zur Verunsicherung bei privaten Eigentümern führt." Denn eines steht für ihn fest: "Das wird viele unserer Hauseigentümer überfordern."

Das sagen die Bauträgerfirmen

"Die Wärmepumpe ist ein Teil der Lösung an vielen Orten. In den dicht bebauten Gründerzeitvierteln von Leipzig lässt sie sich aber oft nicht sinnvoll einsetzen", sagt der erfahrene Bauprojektentwickler Torsten Kracht von der Firma Wincon. Solche Altbauten seien aus Denkmalschutzgründen oft nicht so gut gedämmt oder sie brauchten hohe Vorlauftemperaturen für ihre Heizkörper oder es gebe auf dem Grundstück zu wenig Platz für die technischen Anlagen.

Laut einer unabhängigen Studie der Münchner Forschungsstelle für Energiewirtschaft sind in Leipzig zwar 66 Prozent der vorhandenen Wohnhäuser grundsätzlich für den Einsatz von Wärmepumpen geeignet. Das gelte aber vor allem für Eigenheime und andere kleine Gebäude. Von den großen Mehrfamilienhäusern, in denen die Masse der Bürgerinnen und Bürger in der Messestadt lebt, lassen sich nur 18 Prozent für den Einsatz von Wärmepumpen ertüchtigen, so die Wissenschaftler.

Selbst wenn ein Grundstück für die Pumpe prinzipiell geeignet ist, brauchte man für deren häufigeren Einsatz ganz andere Stromtrassen als heute vorhanden sind, sagt Kracht. "Wenn es im Winter mal wieder richtig kalt wird – und das wird es sicher irgendwann –, verbraucht so eine Pumpe sehr viel Strom." In einer Metropole mit 357.000 Haushalten komme noch hinzu, dass an den Stromnetzen bald massenhaft Elektroautos zu laden wären – gleichfalls mit besonders hohem Verbrauch im Winter.

Das sagen Leipzigs Stadtwerke

Die Leipziger Stadtwerke räumen dazu ganz unumwunden ein, dass sie "im Prinzip die halbe Stadt aufgraben" müssen, um genug Stromkabel und Fernwärmeleitungen für die Energiewende ins Erdreich zu bringen. Allein der Genehmigungsprozess für ein neues Umspannwerk dauere bisher aber etwa zehn Jahre, wie Unternehmenssprecher Frank Viereckl erklärt. Und nach ersten groben Abschätzungen müsse der Versorger wohl bis zu zehn neue Umspannwerke zukünftig im Stadtgebiet errichten.

Hinzu kämen gewaltige Investitionen in klimaneutrale Erzeugungsanlagen, die dazugehörigen Speicher und Versorgungsnetze – gleich ob es nun um Wasserstoff, Solarthermie oder Abwärme-Trassen zu großen Industrieanlagen wie der Total-Raffinerie in Leuna geht. Der Finanzbedarf allein der Leipziger Stadtwerke für diese Mega-Investition liege "sicherlich bei mehreren Milliarden Euro". Die Bundesregierung habe bereits erste Förderungen verabschiedet und weitere umfassende Förderung in Aussicht gestellt – diese aber noch nicht näher konkretisiert.

Für 30 Prozent der Haushalte sei in Leipzig bereits Fernwärme verfügbar. Im bundesweiten Vergleich liege dieser Wert schon sehr hoch. Dennoch hatten die Stadtwerke vor längerer Zeit ein Konzept für einen Ausbau auf rund 50 Prozent erarbeitet. Allerdings galt als Zielmarke für diese Netzerweiterung damals noch das Jahr 2045, was den Klimaplänen der Bundesregierung entsprach. In den letzten Monaten diente dieses alte Konzept immerhin als Grundlage für die Arbeit am neuen Wärmeplan 2038.

Das sagt das Referat Klimaschutz

Leipzig gehört zu den Städten in Deutschland, die beim Erstellen eines kommunalen Wärmeplans am weitesten vorn liegen. Seit Monaten brüten Vertreter von einem Dutzend Rathausämtern, den Stadtwerken und dem Wohnungsunternehmen LWB über dem besten Konzept dafür. Federführend ist das Umweltdezernat von Bürgermeister Heiko Rosenthal (Linke). Mittlerweile haben die Planer schon ermittelt, welche CO₂-freie Versorgungsart in welchen Stadtvierteln künftig am wirtschaftlichsten wäre, erklärt Christoph Runst vom dortigen Klimaschutz-Referat. Kohle, Erdgas oder Öl spielten in den Überlegungen keine Rolle mehr.

Bei den erneuerbaren Energiequellen laufe die Prüfung hingegen technologieoffen. Realistisch absehbar sei bereits, dass es in Leipzig in Zukunft drei verschiedene Arten von Vorranggebieten geben könnte. Das sind erstens die Fernwärme, zweitens dezentrale Wärmepumpen sowie drittens örtliche Inselnetze, die grüne Wärme etwa aus Flüssen oder Seen gewinnen. Einen Anschlusszwang, wie er andernorts gerade diskutiert wird, um neue Fernwärmetrassen zu finanzieren, sehe die Stadt Leipzig derzeit als nicht sinnvoll an, versichert Runst. Bei der Entscheidung, wo welche Versorgungsart am besten geeignet ist, gehe es den Planern zuerst um die Kosten, damit das Wohnen insgesamt bezahlbar bleibt. Allein das Verlegen neuer Fernwärmetrassen schlage mit etwa 3000 Euro pro Meter zu Buche. Deshalb könnten solche Trassen am ehesten in solchen Gebieten entstehen, wo es in der Nähe schon Fernwärme gibt. Zudem spielten der Klimaschutzeffekt und die Versorgungssicherheit wichtige Rollen bei der Entscheidung.

Wenn der erste Entwurf für den Leipziger Wärmeplan wie vorgesehen bis Ende 2023 steht, wird er noch viele weiße Flecken auf der Stadtkarte enthalten. Erst nach Diskussion mit der Bürgerschaft sowie einem Ratsbeschluss beginnt 2024 eine Kontrolle vor Ort, ob sich die Theorie auch praktisch umsetzen lässt. Zudem starten dann genauere Untersuchungen für die Gebiete mit den weißen Flecken. Straßenscharf und für wirklich jede Hausnummer in Leipzig wird das Ergebnis wohl erst in einigen Jahren feststehen, sagt der Klimamanager. "Wir möchten, dass der kommunale Wärmeplan verbindlich für die Bürger ist. Wenn dort was steht, soll sich jeder betroffene Haushalt, jeder Grundstückseigentümer darauf verlassen können."

Das sagt die Handwerkskammer

Volker Lux, Hauptgeschäftsführer der Leipziger Handwerkskammer, fragt sich, woher das Geld für die Wärmewende kommen soll. Der Großvermieter LWB verfüge über zehn Prozent Marktanteil in Leipzig. Wenn allein die LWB eine Milliarde Euro für die klimagerechte Sanierung braucht, wären für die anderen Vermieter demnach weitere neun Milliarden Euro nötig – damit alle Häuser im Stadtgebiet ohne CO₂-Emissionen beheizbar sind. "Bei einer Staatsquote von jetzt schon mehr als 50 Prozent ist mir völlig unklar, wie der Staat noch mehr Geld umverteilen will." Lux arbeitet auch im Leipziger Projektbeirat zur kommunalen Wärmeplanung mit, der seit Juni 2023 regelmäßig tagt und eine Mischung von Umweltverbänden über die Landesdirektion bis zur Wirtschaft repräsentieren soll.

"Ich persönlich habe Zweifel, ob das Ziel der klimaneutralen Wärmeversorgung erreichbar ist und ob es gesamtgesellschaftlich überhaupt akzeptiert wird", sagt er. Bei vielen Menschen dominierten Ängste zur Versorgungssicherheit und zum künftigen Preisniveau. "Außerdem verfügen wir nicht über die Ressourcen. In Deutschland sind gegenwärtig 96.000 Stellen in klimarelevanten Berufen im Handwerk unbesetzt." Wenn man das Ausbauziel der Ampel-Regierung betrachte, sechs Millionen Wärmepumpen bis 2030 zu installieren, dann müssten eigentlich noch 60.000 Anlagenmechaniker für Heizung-, Sanitär- und Klimatechnik zusätzlich eingestellt werden, sagt Lux.

Um wieviel Tausendstel Grad wird es mit Hilfe der o. g. Milliarden Euro in Leipzig – oder auf der Erde – weniger warm??? – D. U.

Leserbrief Ufer/16.10.23

Danke für die deutlichen Worte, die Klaus Stäubert und Jens Rometsch am Wochenende mit ihrem Beitrag "Klimaneutrales Heizen in 15 Jahren – eine Illusion?" den LVZ-Lesern, vor allem aber den Stadtvätern, gefunden haben! Mit vielen konkreten Aussagen haben sie bewiesen, dass anstelle des Fragezeichens in der Überschrift eigentlich ein Ausrufezeichen stehen muss.

Außer den angeführten Fakten gibt es viele weitere Probleme, die noch ungeklärt sind – über die vielleicht von den Verantwortlichen noch gar nicht nachgedacht wurde. Einige Beispiele:

- Wenn künftig Kohle, Erdöl und Erdgas keine Rolle mehr spielen sollen, mit welchen Primärenergien soll Leipzig dann versorgt werden: Wind und Sonne? Was tun wenn beide nicht verfügbar sind (Windenergieanlagen können durchschnittlich zu 18 Prozent und Photovoltaikanlagen zu 11 Prozent genutzt werden)? "Grüner" Wasserstoff erfordert "grünen" Strom aus Wind- und Solarenergieanlagen. Wo sollen die stehen? Oder wird Wasserstoff importiert? Woher? Was wird er kosten? Stehen ausreichend Anlagen für seine Nutzung, zum Beispiel im GuD-Kraftwerk in der Eutritzscher Straße, bereit? Auch Wärmepumpen und Elektroautos sollen mit "grünem" Strom versorgt werden! Wann werden aussagekräftige Energiebilanzen für Leipzig, abgestimmt mit den umliegenden Regionen, vorliegen?
- Wenn "in einigen Jahren" ein Leipziger Wärmeplan "straßenscharf" und für jede Hausnummer vorliegen soll, muss vorher eine ebenso exakte Bauplanung für die gesamte Stadt (Wohnungen und Wirtschaft) vorliegen und die darf in den folgenden Jahrzehnten auch nicht mehr verändert werden! Schließlich sollen Heizanlagen nicht nach wenigen Jahren umgebaut werden.
- K. Stäubert und J. Rometsch haben nicht nur auf die enormen Investitionskosten hingewiesen, sondern auch auf steigende Betriebskosten für Wirtschaft und Wohnungsnutzer aufmerksam gemacht. Wann ist damit zu rechnen, dass die Leipziger erfahren, wie hoch ihre Energiekosten künftig sein werden?

Mit der illusionären "klimaneutralen" Wärmeplanung sollen 1,4 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr weniger emittiert werden. Das sind 0,22 Prozent der deutschen bzw. 0,0036 Prozent der weltweiten technischen CO₂-Emissionen. Dafür sollen wir rund 10 Milliarden Euro ausgeben! Eine einzige Tonne davon kostet dann (mindestens) 7100 Euro – nur an Investitionen.

Insgesamt ist dieser aufschlussreiche Artikel eine weitere Bestätigung der goldrichtigen Aussage unseres Ministerpräsidenten Michael Kretschmer: "Die Energiewende ist gescheitert!"